

Manifest für die Europawahlen 2024



ZESUMMESTOEN.

STAND TOGETHER.

FAIRE BLOC.

déi Lénk

Inhalt

| | | |
|-----|---|----|
| 1. | Das Europa der Möglichkeiten muss erkämpft werden. | 3 |
| 2. | Das viel beschworene soziale Europa muss endlich Gestalt annehmen. | 4 |
| 3. | Eine Klimapolitik, die den grünen Kapitalismus überwindet. | 6 |
| 4. | Die Umwelt mit verbindlichen Maßnahmen schützen. | 8 |
| 5. | Eine nachhaltige Landwirtschaft auf der Grundlage von kostendeckenden Preisen. | 10 |
| 6. | Kampf gegen die Privatisierung von Universitäten und Krankenhäusern. | 12 |
| 7. | Die Kontrolle über wesentliche Dienstleistungen zurückgewinnen. | 14 |
| 8. | Eine fortschrittliche Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik betreiben. | 16 |
| 9. | Die Verträge für mehr Demokratie grundlegend reformieren. | 18 |
| 10. | Abkehr von jeder Form des Imperialismus. | 20 |
| 11. | Die Festung Europa abbauen und die Abschottung beenden. | 22 |
| 12. | Digitale Dienstleistungen brauchen Regeln. | 24 |
| 13. | Die Rechte von Frauen und LGBTIQ+ Personen garantieren. | 26 |



1.

Das Europa der Möglichkeiten muss gewonnen werden.

Der Planet brennt: unter einer immer unerbittlicheren Sonne und unter Bomben. Die Ungleichheiten nehmen zu, der Volkszorn wächst und mangels Alternativen erweisen sich die Versuche der Rechtsextremen, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu verführen, als immer wirksamer. Dies gilt umso mehr, als das kapitalistische Ausbeutungssystem seit langem am Ende ist. Das ist der Stand der Dinge, und es hat keinen Sinn, sich lange damit aufzuhalten.

Die Linksparteien haben die historische Pflicht, das Ruder herumzureißen, indem sie die Grundlagen für ein besseres Europa schaffen, das auf Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz und Solidarität beruht. Dies ist kein Traum oder eine Utopie, die von weltfremden Idealisten stammt. Ganz im Gegenteil, es ist eine Notwendigkeit und wir verfügen über die Mittel und Ressourcen, um sie umzusetzen. Die zerstörerische Politik der vergangenen Jahre ist also kein Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen, von denen eine katastrophaler als die andere war. Junge Menschen geben sich nicht mehr damit zufrieden, der Politik der Kompromisse oder der kleinen Schritte passiv zuzusehen. Daher hat déi Lénk beschlossen, auf eine entschieden junge Liste zu setzen, um die Farben des Ökosozialismus, Rot und Grün, lautstark zu vertreten. Denn die ökologische Frage kann nicht beantwortet werden, wenn wir nicht in der Lage sind, die soziale Frage frontal anzugehen. Die größte Herausforderung unseres Zeitalters besteht darin, die Kämpfe für die Bewohnbarkeit des Planeten und gegen die Ungleichheit zu vereinen. Es ist daher unerlässlich, dass sich die Politik vom Joch der multinationalen Konzerne befreit und die Macht endlich wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückgibt. Schluss mit dem Einfluss der Lobbyisten, dem Sozialdumping, der Macht der multinationalen Konzerne und der skrupellosen Finanziere! Es geht darum, die Geschäftswelt zu zwingen, ihren Beitrag zu leisten und den Mythos zu zerstören, dass es keine Alternativen zum kapitalistischen Ausbeutungssystem und zum neoliberalen Zynismus gibt, die dabei sind, die Zukunft der jungen Generationen auf dem Altar der Rentabilität zu opfern.

Es ist diese Politik im Dienste der Aktionäre, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas verdrossen hat. Ihre Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert, ihre Kaufkraft ist ins Bodenlose gefallen und ihre Träume sind an den harten Gesetzen des Sparzwangs zerbrochen. Die extreme Rechte gewinnt die Stimmen dieser Bürgerinnen und Bürger, indem sie die Glut der berechtigten Wut schürt, aber keine systemischen Alternativen anbietet.

Nur linke Parteien und Bewegungen tragen das alternative Projekt eines Europas, in dem die Macht an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben wird, in dem alle Zugang zu den elementarsten Gütern und Dienstleistungen haben, in dem Bildung und Gesundheit ein universelles Recht sind, in dem Wohnraum nicht länger ein Spekulationsobjekt ist, in dem der Schutz des Klimas und der Artenvielfalt nicht auf leere Slogans reduziert werden und in dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Arbeitsbedingungen genießen, die ihren Anstrengungen angemessen sind. déi Lénk und ihre entschieden junge Liste tragen dieses Projekt eines ökosozialistischen, offenen und demokratischen Europas. Es ist dieses Europa der Möglichkeiten, das wir erkämpfen müssen, wenn wir déi Lénk und die linken Parteien bei den Europawahlen 2024 stärken.

2.

Das viel zitierte soziale Europa muss endlich Gestalt annehmen.

Das soziale Europa ist kaum mehr als eine leere Hülle, eine schöne, doch bedeutungslose Formel, die im Vorfeld der Europawahlen wiedergekaut wird. So führt die Entsendung von Arbeitnehmern im Namen des freien Dienstleistungsverkehrs zu einem direkten Konkurrenzkampf zwischen Arbeitnehmern und schafft so ein Umfeld, das Sozialdumping begünstigt.

Die europäischen Sozialversicherungsvorschriften, die eine Gleichstellung von Arbeitsmigranten und in der EU ansässigen Arbeitnehmern mit inländischen Arbeitnehmern in Bezug auf soziale Rechte vorsehen, existieren jedoch noch und bieten Schutz. Sie werden aber systematisch in Frage gestellt, insbesondere von Luxemburg, das gegen einen sogenannten «Leistungsexport» ist. Ohne das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der sozialen Sicherheit wären viele dieser traditionellen Rechte auf europäischer Ebene bereits zerbrochen.

Vor allem aber gab es schon lange keinen wirklichen Fortschritt mehr. Initiativen des Europäischen Parlaments und der sozialen Bewegungen, um die europäische Gesetzgebung voranzubringen, werden von den Staaten boykottiert. So hat Frankreich Ende 2023 die Richtlinie über die Online-Plattformen wie Uber oder Deliveroo zu Fall gebracht. Ein Text, der es ermöglicht hätte, einen gesetzlichen Rahmen für einen immer wichtiger werdenden Wirtschaftssektor zu schaffen, der sich noch immer dem Arbeitsgesetz entzieht. Infolgedessen vervielfachen diese Plattformen ungestraft den Missbrauch. Die Scheinselbstständigen, die sich das Rückgrat brechen, um einen Hungerlohn zu verdienen, sind die ersten Opfer dieser fehlenden Regulierung. Dass ein Mitgliedstaat ein Projekt im Keim erstickt, von dem Zehntausende von Arbeitnehmern hätten profitieren können, ist ein Symptom für die Fehlfunktionen einer Wirtschaftsunion, in der die soziale Frage - und damit die Rechte der Arbeitnehmer - das Stiefkind bleibt.

Die einzige Antwort auf diese Praxis, die eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen begünstigt, ist eine konsequente Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Rechte auf allen Ebenen. Wie auf nationaler Ebene muss auch auf europäischer Ebene gemeinsam mit den Gewerkschaften für diese Rechte gekämpft werden.

Das viel zitierte soziale Europa muss endlich Gestalt annehmen. Es muss mit einem Mindesteinkommen beginnen, das über der Armutsgrenze der einzelnen Mitgliedstaaten liegt, dann muss die Plattformarbeit reguliert und die Entstehung eines beliebig ausbeutbaren Handlangertums verhindert werden, schließlich müssen die Verhandlungsrechte der Gewerkschaften gestärkt und eine europäische Solidaritätswelle unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefördert werden, um einen europäischen Kampf für gute Löhne, für sichere Arbeitsplätze und für gute Arbeitsbedingungen im Allgemeinen zu organisieren.

Dank des technologischen Fortschritts hat die Produktivität spektakuläre Steigerungen erfahren. Die technologischen Voraussetzungen, um endlich eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn in Betracht zu ziehen, sind gegeben. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass der technologische Fortschritt keine neuen Instrumente zur Versklavung der Arbeitnehmer/innen schafft. Eine Regulierung dieser neuen Technologien, zu denen auch die künstliche Intelligenz gehört, muss oberste Priorität haben. Die größten Herausforderungen für unsere Gesellschaften und damit auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden jedoch der Umweltwandel und die Enregiewende in Bezug auf die Beschäftigung sein. Ein massiver Investitionsplan muss die Schaffung «grüner» Arbeitsplätze und die Ausbildung von Arbeitnehmern sicherstellen, damit kein Arbeitnehmer die Auswirkungen dieser unerlässlichen Übergänge fürchten muss.

Menschen, die jahrzehntelang geschuftet haben, müssen in den Genuss einer angemessenen Rente kommen. Die staatlichen Rentensysteme in den europäischen Ländern dürfen nicht länger mit Kostengründen unter Druck gesetzt werden, sondern sind von der Wirtschaft zu finanzieren. déi Lénk setzt sich dafür ein, dass das Recht auf eine angemessene Rente zu einem Grundrecht wird. Wenn wir ein soziales Europa wollen, das diesen Namen verdient, muss Solidarität die Grundlage dafür sein. Und Solidarität bedeutet universellen Zugang zu einem hochwertigen öffentlichen Sozialschutz.

- 1. déi Lénk wollen mit der aktuellen Politik brechen, die wirtschaftliche Freiheiten über soziale Rechte stellt, indem sie die Aufnahme eines Protokolls über den sozialen Fortschritt in die Verträge fordern.**
- 2. déi Lénk werden gemeinsam mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften dafür kämpfen, das europäische Sozialrecht zu festigen und zu erweitern und Sozialdumping zwischen Ländern zu verhindern, indem die Bedingungen für den Zugang zu einem öffentlichen Sozialschutz harmonisiert werden.**
- 3. déi Lénk werden sich für eine Stärkung des Arbeitsrechts und für die Sicherheit der Arbeitsplätze im Rahmen einer gerechten ökologischen Wende einsetzen, die auf der Beteiligung der Gewerkschaften und der Tarifverhandlungen beruht.**
- 4. déi Lénk wollen das Recht aller auf lebenslanges Lernen während der Arbeitszeit ohne Kosten für die Arbeitnehmer/innen garantieren und sich für eine echte Beteiligung der Arbeitnehmer/innen an den Entscheidungsprozessen in den Unternehmen einsetzen.**
- 5. déi Lénk wollen die Arbeitsbedingungen verbessern und die maximalen Arbeitszeiten und -amplituden substanziell reduzieren, indem sie auf eine schrittweise Verkürzung der Standardarbeitszeit auf europäischer Ebene auf 32 Stunden pro Woche bei gleichbleibendem Lohn hinarbeiten.**
- 6. déi Lénk wollen die staatlichen Rentensysteme stärken, das Recht auf eine angemessene Rente zum Grundrecht erklären und die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern durch die Einführung der Individualisierung von Rentenansprüchen angehen.**

3.

Eine Klimapolitik, die über den grünen Kapitalismus hinausgeht.

Die Klimakrise ist eine der wichtigsten politischen Herausforderungen. Das ist eine Behauptung, die keine Zweifel mehr duldet. Die Berichte von Wissenschaftlern wie dem IPCC werden immer alarmierender und ohne einen radikalen Kurswechsel scheint es nun unmöglich, die Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen, die die Erderwärmung auf +1,5°C begrenzen sollen, einzuhalten.

Anstatt zu sinken, haben die weltweiten CO₂-Emissionen im Jahr 2023 einen neuen Rekord erreicht. Angesichts dieser Tatsache kann es nur eine Antwort geben: dem grünen Kapitalismus, dessen Scheitern nicht mehr zu leugnen ist, ein Ende zu setzen und einen gerechten und demokratischen Übergang zu einer neuen ökologischen und sozialen Wirtschaft einzuleiten. Die letzten Jahre haben die Unvereinbarkeit des kapitalistischen Ausbeutungssystems mit den ökologischen Erfordernissen aufgezeigt. Der Ersatz von SUVs mit Verbrennungsmotoren durch SUVs mit Elektroantrieb wird uns nicht auf dem Weg zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen voranbringen. Die Politik der steuerlichen Anreize und Subventionen trägt keine Früchte. Der Kohlenstoffmarkt ermöglicht es dem globalen Norden, seinen Emissionswahn fortzusetzen, während er dem globalen Süden, der das Hauptopfer der Gefahren des Klimawandels ist, die Mittel zur Entwicklung vorenthält.

Die Politik der Kompromisse und kleinen Schritte ist also nicht nur unzureichend, sondern auch grundlegend ungerecht und kolonialistisch gefärbt. Wir brauchen daher einen radikalen Systemwechsel, wenn wir den Planeten retten und gleichzeitig soziale Ungleichheiten abbauen wollen. déi Lénk ist davon überzeugt, dass es keine Antwort auf die Umweltfrage geben kann, ohne die soziale Frage zu beantworten.

Derzeit leben wir in einem System, in dem die großen Verschmutzer - große Unternehmen und wohlhabende Menschen - sich den Luxus leisten können, die Umwelt mit gutem Gewissen und zu geringen Kosten zu verschmutzen, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterschiedslos mit Steuern belastet werden, wie z. B. der berüchtigten Kohlenstoffsteuer. Der grüne Kapitalismus verschärft also die Ungleichheiten, untergräbt die Grundlagen für die Unterstützung der Bevölkerung für den Kampf gegen den Klimawandel und untergräbt die internationale Solidarität mit Strukturen, die die Länder des globalen Südens in einer Abhängigkeit mit kolonialistischen Zügen halten.

Eine andere Politik ist jedoch möglich. In ihrer ideologischen Verblendung wagt es die politische Klasse nicht, die wirklichen Verschmutzer/innen zu zwingen, im Kampf gegen die globale Erwärmung solidarisch zu sein. Dabei ist dies heute das einzige Mittel, um auf die klimatische Notlage zu reagieren. Parallel dazu ist eine öffentliche Investitionsoffensive unerlässlich, um umweltfreundlichere öffentliche Verkehrsnetze wiederzubeleben, die Kontrolle über die Energieversorgungsnetze zurückzugewinnen oder einen umfassenden europäischen Plan zur Energiesanierung umzusetzen, wobei falsche Lösungen wie die teure, gefährliche und nicht nachhaltige Atomenergie vermieden werden müssen. Das für die Zusammenarbeit bereitgestellte Budget sollte in erster Linie dazu dienen, den Technologietransfer in den Süden sicherzustellen, damit sich die ärmsten Länder gegen die sich anbahnenden Katastrophen wehren können.

Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur gewonnen werden, wenn Öl, Kohle und Erdgas unter der Erde bleiben, und auf dieses Ziel müssen sich alle Anstrengungen konzentrieren

- 1. déi Lénk kämpfen für eine ehrgeizige europäische Klimapolitik, die Klimaneutralität bis 2045 anstrebt, hauptsächlich durch öffentliche Finanzierung von erneuerbaren Energien und konsequente Förderung von Energieeffizienz und -sparsamkeit.**
- 2. déi Lénk betonen die Notwendigkeit einer Klimapolitik, die auf sozialer Gerechtigkeit beruht und die lohnabhängigen Gesellschaftsschichten nicht benachteiligt.**
- 3. déi Lénk wollen die öffentlichen Finanzmittel für den Energiewandel deutlich erhöhen, indem sie die großen Verschmutzer und MilliardärInnen stärker zur Kasse bitten.**
- 4. déi Lénk schlagen vor, die Liberalisierungen und Privatisierungen der Stromerzeugungs- und -Verteilungsnetze rückgängig zu machen, um die Energiewende zu erleichtern.**
- 5. déi Lénk wollen die direkten und indirekten Subventionen für fossile und nukleare Energieträger streichen, veraltete Atomkraftwerke sofort stilllegen und die weitere Nutzung dieser Energieträger in der EU verbieten.**
- 6. déi Lénk wollen die Emissionen aus dem Personen- und Güterverkehr stark reduzieren, indem sie den öffentlichen Nahverkehr und den Gütertransport auf der Schiene oder auf dem Wasser fördern.**
- 7. déi Lénk wollen die europäischen Emissionsstandards für Neuwagen bis zum Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035 verschärfen, die Produktion und den Verkauf von verbrauchsintensiven SUV-Autos stoppen und die Forschung an Motoren mit sehr geringem Energieverbrauch ankurbeln.**

4.

Die Umwelt mit verbindlichen Maßnahmen schützen.

Neben der Klimakrise, die logischerweise die Debatten dominiert, gibt es eine andere, weniger medienwirksame, aber ebenso bedrohliche Krise: Es ist die Krise der Artenvielfalt. Tier- und Pflanzenarten sterben aus, und wir besprühen unsere Felder weiterhin mit Pflanzenschutzmitteln, deren Gefährlichkeit erwiesen ist, zerstören unsere Feuchtgebiete und Wälder, die reich an verschiedenen Lebensräumen sind und Treibhausgase binden, betonieren, als hätten wir eine unbegrenzte Baufläche, und schütten unseren Plastikmüll und unsere chemischen Substanzen in die Natur und die Ozeane.

Wie das Klima leidet auch die Biodiversität unter einem politischen System, das auf Anreize setzt und sich weigert, verbindliche Maßnahmen zu ergreifen, die jedoch unerlässlich sind, um das Artensterben zu stoppen. Eine kohärente und wirksame Politik setzt voraus, dass den Unternehmen starke soziale und ökologische Kriterien auferlegt werden. Nur so können wir das Ziel einer drastischen Reduzierung von Plastikmüll und Chemikalien erreichen, um das Aussterben von Bestäubern zu verhindern und das allgemeine Wohlbefinden der Umwelt zu gewährleisten.

Die Europäische Union muss das Joch der multinationalen Konzerne mit ihrer Armee von Lobbyisten abschütteln, die längst die Kommission und das Europäische Parlament infiltriert haben.

Tatsächlich sind die in den EU-Institutionen ergriffenen Initiativen anfangs oft fortschrittlich, doch erst während des Gesetzgebungsprozesses werden die Texte verwässert, nicht zuletzt aufgrund von Lobbyisten, die von den multinationalen Konzernen hoch bezahlt werden. Lobbyarbeit hat beispielsweise verhindert, dass die EU Plastikverpackungen wirksam reguliert oder das Herbizid Glyphosat ein für alle Mal verbietet, das nach wie vor gesundheitliche Schäden verursacht.

Neben einer strengeren und verbindlicheren Regulierung des Privatsektors muss auch der öffentliche Sektor seinen Teil der Verantwortung übernehmen und in einigen Schlüsselbereichen wieder die Kontrolle übernehmen. So müssen Gemeingüter wie Wasser oder Energie wieder in den öffentlichen Besitz übergehen und auf partizipative und demokratische Weise verwaltet werden. Dies ist der einzige Weg, um die neoliberalen Kräfte, die diese Güter für ihre Ausbeutung vereinnahmen, zu neutralisieren und einen universellen Zugang zu ihnen zu gewährleisten. Ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Ressourcen muss jedoch gewährleistet sein, z. B. durch gestaffelte Wasserpreise, die dafür sorgen, dass diejenigen, die die kostbare Ressource verschwenden, den vollen Preis zahlen müssen.

Um das Verständnis für Umweltfragen zu fördern, setzen déi Lénk auf Bildung im weitesten Sinne. Neben einer Sensibilisierung für Umweltfragen von klein auf müssen Umwelt und insbesondere Umweltgerechtigkeit in allen Grundschulen der Europäischen Union Teil des Lehrplans sein. Und schließlich muss ein europäisches Forschungsnetzwerk aufgebaut werden, das sich den Umweltfragen widmet.

- 1. déi Lénk wollen die sozialen und ökologischen Kriterien verschärfen, die in der EU ansässigen Unternehmen für die Ausbeutung von Ressourcen auf europäischem Boden auferlegt werden, und dafür sorgen, dass in die EU importierte Ressourcen unter ähnlichen Bedingungen ausgebeutet werden.**
- 2. déi Lénk wollen das Artensterben stoppen und den Schutz der Biodiversität stärken, insbesondere durch den dringenden Ausstieg aus Pestiziden wie Glyphosat, Neonicotinoide und der Vermarktung von gentechnisch veränderten Organismen.**
- 3. déi Lénk wollen den Naturschutz stärken, indem sie das Netzwerk Natura 2000, eine europäische Initiative zum Schutz der Natur, erweitern, insbesondere durch restriktivere Rahmenbedingungen bei der Genehmigung von Projekten, die sich auf diese Schutzgebiete auswirken.**
- 4. déi Lénk wollen die europäische Strategie gegen Plastikverschmutzung stärken, indem sie die Herstellung und Verwendung von Plastik deutlich reduziert und den Kampf gegen Mikroplastik verstärkt.**
- 5. déi Lénk wollen die Umweltbildung und -forschung fördern.**

5.

Eine nachhaltige Landwirtschaft, die auf kostendeckenden Preisen basiert.

Zu Beginn des Jahres 2024 brach der Zorn der Landwirte in aller Öffentlichkeit aus. In ganz Europa leben diejenigen, die uns bewirtschaften und unsere Teller füllen, am Rande des finanziellen Abgrunds und machen weiterhin eine einst edle, aber nun sinnlose Arbeit nach Jahrzehnten einer Gemeinsamen Agrarpolitik, die um jeden Preis auf Produktivität setzte und mit ihren Subventionen die Knechtschaft der Landwirtschaft einführte.

déi Lénk wollen dieser absurden Politik ein Ende setzen, die sowohl die Landwirte als auch die Umwelt auf langsam umbringt. Denn die Agrarpolitik ist ein wichtiger Hebel im Kampf gegen die Klimaerwärmung und den Verlust der Biodiversität. déi Lénk setzen sich für einen dringenden Ausstieg aus Pestiziden, Neonicotinoide und GVOs ein. Das Monopol der großen Agrarkonzerne auf Saatgut muss zerstört werden. Diese beeinträchtigen nicht nur die Erträge der Landwirte, sondern verstärken auch die für das ökologische Gleichgewicht schädlichen Monokulturen.

Derzeit werden die EU-Subventionen auf der Grundlage der bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche berechnet. Dieses System ist mit einem agrarökologischen Ansatz unvereinbar. Der Fluss der Subventionen muss daher auf kleine, umweltfreundliche Betriebe umgelenkt werden, und es müssen nachhaltige und gut bezahlte Arbeitsplätze garantiert werden.

Die Ausbildungskomponente und die Garantie eines einträglichen Preises sind unerlässlich, um den Mangel an Berufungen in diesem entscheidenden Wirtschaftszweig zu beheben, der, wenn er auf gesunden Grundlagen beruht, unsere Ernährungssouveränität sichern könnte. Es ist daher unerlässlich, die Gewinnspannen insbesondere der großen Einzelhandelsunternehmen zu regulieren, die den Landwirten das Messer an die Kehle setzen. Anstatt die europäischen Landwirte durch die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit riesigen, kaum regulierten Betrieben aus aller Welt in Konkurrenz zu setzen, muss die Gemeinsame Agrarpolitik unsere Landwirte, die Gesundheit der Verbraucher und die Umwelt schützen, indem sie auf kurze Produktionswege, lokalen oder regionalen Konsum und den Übergang zu Bio-Produkten setzt. Gleichzeitig muss auch der Export von subventionierten Agrarprodukten in die Märkte des globalen Südens gestoppt werden, da sie die lokale Landwirtschaft in diesen Ländern zerstören.

Ein solcher Ansatz würde in Verbindung mit einer besseren Kennzeichnung auch das Ansehen der Landwirtschaft verbessern und einen besseren Verbraucherschutz gewährleisten. Es ist an der Zeit, dass die Europäische Union die Unzufriedenheit der Bauern wahrnimmt. Wenn diejenigen, die uns ernähren, gezwungen sind, sich zu überschulden, um den Anforderungen einer Agrarpolitik gerecht zu werden, die weder den ökologischen noch den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht wird, ist diese Politik ein kläglicher Misserfolg.

Es ist dringend notwendig, sich von den produktivistischen Dogmen zu befreien und den Menschen und die Natur wieder in den Mittelpunkt der Agrarpolitik zu stellen. Anstatt riesige Betriebe mit einem übermäßigen Viehbestand zu fördern, sollten die Betriebe verkleinert und der Anbau von Pflanzen gefördert werden, anstatt der intensiven Viehzucht, die eine große Fläche benötigt, um Getreide anzubauen, das für den menschlichen Verzehr ungeeignet ist. Landwirtschaftliche Genossenschaften sollten als Alternative zu industriellen Betrieben gefördert werden. Auf diese Weise wird das Tierwohl deutlich steigen, die Flächen werden nachhaltiger und intelligenter genutzt und wir gewinnen an Ernährungssouveränität, während wir gleichzeitig den Fleischkonsum reduzieren.

- 1. *déi Lénk wollen ein agrarökologisches Politikmodell etablieren, das auf einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft basiert, den Landwirten ein faires Einkommen und qualitativ hochwertige Lebensmittel garantiert und gleichzeitig den Prozess der Landkonzentration und die Dominanz der Agrar- und Lebensmittelindustrie beendet.***
- 2. *déi Lénk wollen den Produzenten einen kostendeckenden Preis garantieren und gleichzeitig die Kaufkraft der Verbraucher erhalten, indem sie insbesondere die Gewinnspannen der Zwischenhändler begrenzen und den europäischen Markt vor Agrarimporten aus intensiven Betrieben in Übersee, die die europäischen Umweltstandards nicht einhalten, schützen.***
- 3. *déi Lénk wollen die Ausbildung in der Landwirtschaft stärken, jungen Menschen und solchen, die sich beruflich neu orientieren, den Zugang zur Niederlassung oder zur Übernahme eines Hofes erleichtern und gleichzeitig die Rolle der Frau in Familienbetrieben anerkennen und aufwerten.***
- 4. *déi Lénk wollen die Tiere schützen, indem sie auf europäischer Ebene verbindliche Vorschriften für die Behandlung von Tieren einführen.***
- 5. *déi Lénk wollen wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige lokale und regionale Produktions-, Vertriebs- und Konsumnetzwerke fördern und subventionieren.***

6. Kampf gegen die Privatisierung von Univer- sitäten und Kranken- häusern.

Im Jahr 2020 wurden unsere Gesundheitssysteme von der Covid-19-Welle erschüttert. Diese langen Monate, waren das überzeugendste Argument für ein robustes öffentliches Gesundheitssystem und eine qualitativ hochwertige öffentliche Forschung.

Wenn wir es gemeinsam geschafft haben, diese große Krise zu überwinden, dann weil die öffentlichen Krankenhäuser den Schock aushielten und weil öffentliche Gelder es den Forschern ermöglichten, eine schnelle und wirksame Gegenreaktion zu organisieren. So konnten in Rekordzeit Impfstoffe entwickelt werden. Länder, die im Namen des Sparsamkeitsdogmas das öffentliche Gesundheitssystem abgebaut hatten, hatten größere Schwierigkeiten, diese beispiellose Krise zu bewältigen. Bettenmangel, ständig überarbeitetes Personal und Materialmangel trugen dazu bei, dass die Pandemiebilanz immer höher ausfiel.

Obwohl die wirksamsten Impfstoffe von Privatunternehmen entwickelt wurden, hätten sie dies ohne die wissenschaftlichen Fortschritte in öffentlichen Instituten nicht geschafft. Wenn die Impfstoffentwicklung vollständig an unabhängigen öffentlichen Universitäten hätte stattfinden können, wären uns vielleicht die fruchtlosen Diskussionen über die Aufhebung von Patenten erspart geblieben, um einen universellen Zugang zu gewährleisten, und wir wären mit Sicherheit den exorbitanten Preisen entkommen, die die Pharmaindustrie in Rechnung stellt. Ein starkes öffentliches Gesundheitssystem und massive öffentliche Investitionen in die Forschung sind die beiden Zutaten, die es ermöglichen, eine Pandemie zu überstehen und in normalen Zeiten eine qualitativ hochwertige Versorgung zu gewährleisten. Diese Feststellung ist unumstößlich.

Im Jahr 2024 bleibt der Applaus für die Beschäftigten im Gesundheitswesen eine ferne Erinnerung. Der Abbau der öffentlichen Dienstleistungen geht weiter, als wäre nichts geschehen. Die aufeinanderfolgenden Privatisierungswellen führen zu einer Zweiklassengesellschaft: diejenigen, die sich den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung und Bildung leisten können, und diejenigen, die es nicht können.

Es ist Aufgabe der linken Bewegungen, den Kampf gegen die Privatisierung von Universitäten und Krankenhäusern zu führen, einen allgemeinen und kostenlosen Zugang zu hochwertiger Pflege und Bildung zu fordern, eine konsequente Erhöhung der Budgets für Forschung und Bildung zu verlangen und sich für öffentliche Universitäten einzusetzen, die von der Geschäftswelt und den Finanzinteressen unabhängig sind. Das erfolgreiche Erasmus-Programm muss insbesondere dadurch erleichtert werden, dass die Stipendien an die tatsächlichen, auf den Lebenshaltungskosten basierenden Kosten angepasst werden.

Aber nicht nur Krankenhäuser und Schulen leiden unter dem wachsenden Einfluss privater Finanzinteressen, sondern auch das Wohnungswesen. Luxemburg ist trotz seiner besonderen Situation bei weitem nicht das einzige Land, das in eine tiefe Wohnungskrise verstrickt ist. Große Investmentfonds nutzen Steine als Spekulationsobjekt. Die Preise explodieren, ein wachsender Teil der Menschen wird vom Markt ausgeschlossen. Wir brauchen eine europäische Initiative zur Bekämpfung der Immobilienspekulation und ein umfassendes Finanzierungsprogramm zur Unterstützung des Bauwesens und der energetischen Sanierung.

- 1. *déi Lénk wolle europäische Anforderungen an die Qualität von Gesundheitssystemen festlegen und den universellen Zugang zu einem öffentlichen und kostenlosen Gesundheitssystem auf der Grundlage einer solidarischen Sozialversicherung garantieren und gleichzeitig die Kommerzialisierung des Gesundheitssektors ablehnen.***
- 2. *déi Lénk wolle die europäischen Budgets für öffentliche Bildung und Forschung erhöhen, indem sie Finanzierungen von Lobbys und multinationalen Konzernen, die rein kommerzielle Interessen vertreten, ausschließen.***
- 3. *déi Lénk wolle die Privatisierung von Universitäten und Schulen in Europa bekämpfen und den kostenlosen und freien Zugang zu Universitäten in Europa einführen.***
- 4. *déi Lénk wolle das Erasmus-Programm ausbauen, indem sie die freie Wahl der Universitäten ermöglichen, die Stipendien an die tatsächlichen Kosten auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten anpassen und eine größere Freiheit bei der Wahl der Kurse vorsehen.***
- 5. *déi Lénk wolle ein universelles Recht auf Zugang zu Wohnraum garantieren und die Immobilienspekulation auf europäischer Ebene bekämpfen.***
- 6. *déi Lénk wolle europäische und nationale Investitionsprogramme für den Bau und die energetische Sanierung von Wohnungen auflegen.***

7.

Die Kontrolle über wesentliche Dienstleistungen zurückgewinnen.

Seit den 1980er Jahren hat eine Liberalisierungswelle die öffentlichen Dienstleistungen verwüstet. Bahn, Post und Luftfahrt sind nur einige Beispiele. Private Unternehmen sind in diese Bresche gesprungen und haben diese Dienstleistungen ausgehöhlt, um die Gier ihrer Aktionäre zu befriedigen. Am Ende dieses Prozesses bleiben nur Strukturen übrig, die gerade noch in der Lage sind, einen Mindestdienst zu leisten. Der Verlust der öffentlichen Kontrolle über die Gemeingüter Wasser und Energie ist in einer ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und geopolitischen Situation mit hohem Zündstoff katastrophal.

Den Gesetzen des Marktes unterworfen, neigen die Preise für diese wesentlichen Dienstleistungen und Güter dazu, in die Höhe zu schießen. Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen müssen den verheerenden Kaufkraftverlust hinnehmen oder auf diese Dienstleistungen verzichten, während sich die Aktionäre die Taschen füllen. Auf diese Weise wird der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Produkten untergraben. Die Liberalisierungswelle hat auch Millionen von stabilen und gut bezahlten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst in oftmals prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Hinzu kommt, dass diese Dienstleistungen von öffentlichem Interesse nach ihrer Liberalisierung der Logik der Profitmaximierung zum Opfer fallen. Die Folgen sind besonders deutlich im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Energiemarktes zu sehen, wo der Übergang zu grüner Energie durch das ungestüme Diktat der Profitgier verlangsamt wird.

déi Lénk setzen sich für die öffentliche Wiederaneignung dieser Dienstleistungen und für eine demokratische, partizipative und nicht marktbasierende Planung ein, mit der sowohl die Herausforderungen des Klimawandels als auch der sozialen Frage bewältigt werden können. Allein die öffentliche Kontrolle kann einen universellen Zugang und hochwertige Arbeitsplätze garantieren. Zu demselben Zweck schlagen wir die Bildung starker öffentlicher Dienste auf europäischer Ebene vor, z. B. ein europäisches Eisenbahnunternehmen. Auch Bildung und Forschung müssen wieder zu vollwertigen öffentlichen Dienstleistungen werden, und die Früchte der Forschung müssen Gemeingut sein, dessen Wert nicht zu Geld gemacht werden darf.

Parallel zu dieser Offensive zur Wiederbelebung der absterbenden öffentlichen Dienste setzen sich déi Lénk für eine Reindustrialisierung Europas ein, insbesondere in strategischen Sektoren und in Sektoren, die lebenswichtige Güter produzieren. Die Europäische Union kann es sich nicht mehr leisten, die Geißel unsicherer Lieferketten zu sein, die den geopolitischen Turbulenzen rund um den Globus ausgesetzt sind. Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus den Jahren der Pandemie ziehen können, dann ist es diese. Aus diesem Grund und um die Entwicklung neuer Technologien nicht anderen zu überlassen, muss sich die EU für die Verlagerung der Produktion von unentbehrlichen oder strategischen Produkten wie Arzneimitteln, Halbleitern oder Solarzellen einsetzen.

In diesem Zusammenhang muss Europa auch seine Position in Bezug auf den wissenschaftlichen Fortschritt bekräftigen. Es gilt, die universitäre Forschung im Bereich des tugendhaften technologischen Fortschritts zu stärken, der die Lebensbedingungen der Menschen verbessert und die Umwelt bewahrt. Fortschritte, die es im Übrigen mit der gesamten Menschheit zu teilen gilt.

- 1. déi Lénk wollen mit der Logik und den Praktiken der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen brechen und die Verwaltung der wesentlichen Güter und Dienstleistungen wieder in die öffentliche Hand legen.**
- 2. déi Lénk wollen in Europa eine Politik der Wiederaneignung der Wasser- und Energieversorgung, der Post- und Telekommunikationsdienste, der Eisenbahnen, der Luftfahrt, der Abfallwirtschaft sowie der Bildung und Forschung durch die öffentliche Hand unterstützen.**
- 3. déi Lénk wollen die Bildung von öffentlichen Dienstleistungen auf europäischer Ebene und insbesondere im Bereich des öffentlichen Verkehrs fördern.**
- 4. déi Lénk unterstützen den Staatsinterventionismus zugunsten einer Reindustrialisierung Europas, insbesondere in strategischen Sektoren (Herstellung von Medikamenten, Halbleitern, Solarpaneelen usw.).**

8.

Eine fortschrittliche Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik betreiben.

Auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 reagierte die politische und wirtschaftliche Elite der Europäischen Union mit einem Sparkurs, dessen Schädlichkeit mittlerweile hinlänglich bewiesen ist.

Die am höchsten verschuldeten Mitgliedstaaten wurden von EU-Technokraten bevormundet, die sie dazu anhielten, das Defizit um jeden Preis zu bekämpfen, um dem Dogma des ausgeglichenen Haushalts zu gehorchen. Kürzungen bei den Renten, eine Verschlechterung der sozialen Sicherheit im Allgemeinen, der Abbau öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf großer Teile der Infrastruktur sind die Folge. Griechenland wurde auf diese zerstört und dem rechtsradikalen Ungeziefer überlassen. Andere Länder wie Italien haben ähnliche Schicksale erlitten. Dieser gnadenlose Sparkurs, der die Staaten an Investitionen gehindert hat, ist die Ursache für steigende Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ungleichheit, unter denen wir heute noch leiden. Diese Sparmaßnahmen haben das Wachstum der Ungleichheiten beschleunigt.

Angesichts der Tatsache, dass die privaten Finanziere in den letzten dreißig Jahren nicht über ihr Ziel der Gewinnmaximierung hinausgekommen sind, um auf die Klimakrise und den Verlust der Artenvielfalt zu reagieren, und angesichts des unaufhaltsamen Anstiegs der sozialen Ungleichheit ist es entscheidend, dass die öffentliche Hand und die demokratische und partizipative Wirtschaftsplanung ihren grundlegenden Einfluss zurückgewinnen, um eine lebenswerte Umwelt zu erhalten und die Armut einzudämmen. déi Lénk setzen sich dafür ein, dass das Dogma der Austerität endlich auf die überfüllte Müllhalde der falschen guten Ideen verbannt wird. Der berühmte Stabilitätsvertrag, das wichtigste neoliberale Zwangsinstrument, muss in einen Pakt für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung umgewandelt werden, der auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit beruht.

Dies beginnt mit einer Neudefinition der Rolle der Europäischen Zentralbank, die zum Hauptinstrument einer Offensive für öffentliche Investitionen, die sowohl sozial als auch ökologisch sind, werden muss. Sie muss damit beauftragt werden, die Mitgliedstaaten in dieser Richtung zu unterstützen, indem sie die Möglichkeit eröffnet, ihnen Geld zu leihen, ohne zwangsläufig den Umweg über die Finanzmärkte zu gehen. Geld soll wieder zum Gemeingut werden, indem es der ausschließlichen Marktlogik entzogen wird und ermöglicht wird, dass es von gewählten Kräften und nicht von Technokraten verwaltet wird. Die EZB sollte insbesondere die Möglichkeit haben, die Refinanzierungstitel nach ökologischen und sozialen Kriterien

auszuwählen und die Titel von umweltschädlichen Unternehmen durch einen Abschlag und einen höheren Zinssatz bei der Refinanzierung zu bestrafen.

Aber es gibt noch ein anderes Krebsgeschwür, das an den Grundfesten der Solidarität in der Union nagt: der Steuerwettbewerb. Um sich die Gunst großer Unternehmen zu sichern, die in ihrem Gefolge Arbeitsplätze und Wohlstand bringen sollen, überbieten sich die Staaten gegenseitig mit unanständig niedrigen Steuersätzen. In einigen Ländern, darunter Luxemburg, flirteten die effektiven Steuersätze schamlos mit einer runden Null. Dies führt dazu, dass die Einnahmen für eine ehrgeizige Sozial- und Umweltpolitik fehlen. Die Europäische Union muss das Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen abschaffen, damit sie Gesetze erlassen kann, um Steuerdumping zu unterbinden und die heimtückischen Machenschaften von Steuerparadiesen zu bekämpfen.

Die Generierung der notwendigen öffentlichen Mittel erfordert eine Harmonisierung der Steuerpolitik nach oben. Ein überprüfbarer minimaler Steuersatz für multinationale Unternehmen und insbesondere die GAFA (Google, Amazon, Facebook, Apple) und eine reale Steuerbasis in allen Ländern der Europäischen Union muss auf der Tagesordnung der künftigen europäischen Steuerpolitik stehen. Es sollte eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer in Europa angestrebt werden, wobei die Besonderheiten der Mitgliedstaaten zu respektieren sind.

Eine strengere Regulierung der Finanzmärkte wäre die dritte Säule einer Neugestaltung der Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik. Um die Auswüchse der jüngsten Vergangenheit zu vermeiden, müssen die größten privaten Versicherer und Finanzinstitute endlich unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. So kann die EU ethische Regeln durchsetzen und z. B. die Spekulation mit Nahrungsmitteln, Lebewesen, Wasser und Land verbieten.

- 1. *déi Lénk wollen die Haushaltssparmaßnahmen abschaffen und den Stabilitätspakt durch solidarische wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungspakte ersetzen, die sich auf den Kampf gegen soziale Ungleichheiten und den Klimawandel konzentrieren.***
- 2. *déi Lénk wollen die Rolle und den Handlungsrahmen der EZB und der Zentralbanken der WWU neu definieren, um eine ehrgeizige Sozial- und Umweltpolitik zu unterstützen.***
- 3. *déi Lénk wollen eine europäische Reichensteuer einführen, um Investitionen zu finanzieren, die für die Armutsbekämpfung und den Umweltwandel von entscheidender Bedeutung sind.***
- 4. *déi Lénk wollen die Politik des Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten aufgeben und durch eine Steuerharmonisierung nach oben ersetzen, insbesondere indem multinationale Unternehmen in allen EU-Ländern einem realen, überprüfbaren und minimalen Steuersatz und einer Steuerbasis unterworfen werden.***
- 5. *déi Lénk wollen eine Steuer auf Finanztransaktionen einführen, um einen Teil des Umweltwandels zu finanzieren und Steuer- und Finanzflucht wirksam zu bekämpfen.***
- 6. *déi Lénk wollen die Finanzmärkte regulieren, um eine neue Finanzkrise zu verhindern, und die Finanzmärkte strengen ethischen Regeln unterwerfen.***

9.

Eine grundlegende Reform der Verträge für mehr Demokratie.

Bei jeder Europawahl entdecken die Politiker der Europäischen Union den «Bürger» neu. Ein Begriff, der die halbe Milliarde Menschen, die Europa bevölkern, zweckmäßigerweise in ein Konzept mit verschwommenen Konturen auflöst und daher kaum fassbar ist. Das ermöglicht es, auf ebenso vage Weise über sie zu sprechen. Dieser berühmte «Bürger», der keiner greifbaren Realität entspricht, sollte wieder in den Mittelpunkt des europäischen Projekts gerückt werden, man sollte ihm zuhören und ihn stärker in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. Das ist die Leier, die uns alle fünf Jahre vorgesungen wird. Natürlich fällt niemand mehr auf eine Rede herein, deren Einfachheit an krasseste Dreistigkeit grenzt.

Die Verträge schützen die neoliberale Politik der Eliten und sind der Demokratie nicht förderlich, das ist eine Tatsache. Es besteht die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform, die eine Volksversammlung einschließt und insbesondere einen demokratischen Entscheidungsprozess einführt. Das Europäische Parlament ist die einzige demokratisch gewählte Institution in der EU, aber gleichzeitig auch die schwächste. Für déi Lénk ist es selbstverständlich, dass der Sitz der demokratischen Legitimität gestärkt werden muss, ein Recht auf Gesetzesinitiative hat, die Kommission wählt, eine führende Rolle bei der Aufstellung des Haushaltsplans spielt und die Kontrolle über die Zentralbank übernimmt. Daraus folgt, dass die Kommission vor allem nach den Entscheidungen des Parlaments handeln muss, während der Rat, in dem die fortschrittlichsten Initiativen regelmäßig verstümmelt und ausgehöhlt werden, an Macht verlieren muss. Wir sind auch der Meinung, dass die Präsidentschaft der Europäischen Kommission nur von einer Person ausgeübt werden kann, die bei den Europawahlen demokratisch gewählt wurde.

In Bezug auf die direkte Beteiligung gibt es ebenfalls noch einiges zu tun. Wenn der berühmte Bürger, der Gegenstand der beredten Abstraktionen abgehobener Brüsseler Eliten ist, Gestalt annehmen soll, muss sich die Funktionsweise der EU grundlegend ändern. Zunächst muss die direkte Beteiligung an der Ausarbeitung der EU-Regeln ausgeweitet werden, indem der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben wird, ihre Präferenzen in Bezug auf die wichtigsten politischen Richtlinien zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig muss der exzessive Lobbyismus endlich eingedämmt werden, indem er wirksam reguliert wird. Dieser begünstigt die Interessen großer Unternehmen und einzelner Interessengruppen auf Kosten des Allgemeininteresses. Er ermöglicht es privaten und industriellen Interessen, Gesetze und Verordnungen zu ihren Gunsten zu gestalten, gefährdet die Integrität des demokratischen Prozesses und untergräbt das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU.

Zweitens muss durch eine extensive Auslegung des Subsidiaritätsprinzips die Autonomie der Regionen wiederhergestellt werden, um die Union ihren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Ein solcher Ansatz setzt eine Dezentralisierung voraus. Die nationalen Parlamente sollten systematisch konsultiert werden, bevor wichtige Entscheidungen im Europäischen Rat und im Ministerrat getroffen werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert, denn die Regionen sind nicht auf die Grenzen eines nationalen Territoriums beschränkt. Die Großregion, in der die Gebiete von vier verschiedenen Ländern zusammengefasst sind, ist ein gutes Beispiel dafür.

An den Grenzen der Union drängen sich die Länder, um in die Union aufgenommen zu werden. Die Erweiterung basiert jedoch auf strengen Regeln, die eingehalten werden müssen. Kein Land hat Anspruch auf Mitgliedschaft, wenn es die Rechtsstaatlichkeit missachtet, die Rechte von Minderheiten oder die Menschenrechte im Allgemeinen mit Füßen tritt. Daher muss dies in den Erweiterungsversprechen betont werden.

- 1. *déi Lénk lehnen die neoliberale Ausrichtung der derzeitigen Verträge ab und treten für eine Reform der Verträge ein, die Fortschritt und soziale Gerechtigkeit sowie den Umweltschutz in den Mittelpunkt stellt und gleichzeitig die Volkssouveränität durch eine Stärkung des demokratischen Entscheidungsprozesses bekräftigt.***
- 2. *déi Lénk bekräftigen die Vorherrschaft des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente als einzige Institutionen mit demokratischer Legitimität.***
- 3. *déi Lénk wollen die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Ausarbeitung europäischer Regeln stärken, insbesondere durch die Stärkung der europäischen Bürgerinitiativen.***
- 4. *déi Lénk wollen den übermäßigen Lobbyismus wirksam bekämpfen und die Transparenz der Instanzen fördern.***

10.

Auf alle Formen des Imperialismus verzichten.

Alle Kriege führen zu einer menschlichen Katastrophe und müssen beendet werden. Anstatt auf ein wahnwitziges Wettrüsten zu setzen, das gigantische Summen verschlingt, muss die EU ihr diplomatisches Netzwerk ausbauen und sich für eine friedliche und verhandelte Konfliktlösung einsetzen. Der Konflikt in der Ukraine, der durch die in jeder Hinsicht verurteilenswerte russische Aggression ausgelöst wurde, ist ein Beispiel dafür. Der in Europa mittlerweile herrschende Fatalismus angesichts des menschlichen Leids und der Zerstörungen in der Ukraine muss durch starke diplomatische Initiativen ersetzt werden, um endlich zu einem Waffenstillstand zu gelangen.

Eine allumfassende Militarisierung macht den Planeten nicht sicherer. Stattdessen müssen die Militärausgaben auf das für eine rein defensive Militärpolitik und -strategie notwendige Minimum beschränkt werden und auf ein System der kollektiven Sicherheit in Europa hingearbeitet werden, das von der NATO und damit von den USA unabhängig ist. Wir lehnen die Beteiligung der EU an militärischen Interventionen außerhalb der EU ab, sofern kein legitimes Mandat der Vereinten Nationen vorliegt, und fordern die vollständige Denuklearisierung der Welt. Diese Forderungen gehen einher mit einem strikten Verbot des Verkaufs von Waffen an kriegslüsterne Länder oder Regierungen, die die Menschenrechte missachten. Diplomatie, humanitäre Hilfe und internationale Solidarität sind immer den Militärausgaben vorzuziehen. Die Rüstungsindustrie Europas darf sich nicht am Leid und Schmerz unschuldiger Zivilbevölkerungen bereichern.

Um künftige Kriege auf globaler Ebene zu verhindern, müssen wir uns von jeder Form des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus lossagen und die Menschenrechte und das Völkerrecht weltweit verteidigen, ohne Paternalismus und ohne Doppelstandards. Dies gilt insbesondere für den israelisch-palästinensischen Konflikt, in dem die EU endlich ihr wirtschaftliches und diplomatisches Gewicht einsetzen muss, um so schnell wie möglich zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu gelangen, an deren Ende die Anerkennung des Staates Palästina steht. Übrigens ist nicht nur die Zwei-Staaten-Lösung denkbar, sondern auch ein einziger säkularer und demokratischer Staat, in dem alle Einwohner unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrem Geschlecht usw. die gleichen Rechte genießen. Jede Entscheidung muss jedoch mit der Beteiligung und Zustimmung des palästinensischen Volkes getroffen werden.

Internationale Zusammenarbeit, Dialog und die Anerkennung von Vielfalt müssen an die Stelle von Hegemonie- und Ausbeutungsfantasien treten. So muss die EU aufhören, anderen Ländern ihre wirtschaftlichen Entscheidungen aufzuzwingen, wie sie es insbesondere durch Freihandelsverträge tut. Die derzeitige Handelspolitik ist ein neokoloniales Instrument, das in erster Linie den Interessen großer multinationaler Konzerne dient. Sie muss durch eine kooperative Handelspolitik ersetzt werden, die auf hohen Sozial- und Umweltstandards beruht. Die aktuelle Debatte um ein Lieferkettengesetz, das zur Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes in den Produktionsketten verpflichtet, zeigt wie sehr die EU-Politiker unter dem Einfluss der multinationalen Konzerne stehen. Auf diese Weise und mit Duldung der EU setzen die Großunternehmen des globalen Nordens weiterhin eine kolonial anmutende Art der Herrschaft durch, die die Arbeiterinnen und Arbeiter des globalen Südens zu beliebig ausbeutbaren Arbeitskräften macht.

Wenn wir den Grundstein für eine solidarische Welt legen wollen, muss diese Art der Ausbeutung beendet werden. Die politische Macht muss wieder die Oberhand über die wirtschaftliche Macht gewinnen, denn für letztere sind natürliche Ressourcen und menschliche Ressourcen nur Mittel zum Zweck, um ihren Reichtum zu vergrößern und die Aktionäre profitieren zu lassen.

- 1. *déi Lénk bekämpfen jede Form des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Imperialismus und setzen sich für ein friedliches Europa ein, das die Menschenrechte und das Völkerrecht in der Welt verteidigt, ohne Paternalismus und ohne Doppelstandards.***
- 2. *déi Lénk wollen das diplomatische Instrumentarium der EU stärken und sich für eine friedliche und verhandelte Konfliktlösung einsetzen.***
- 3. *déi Lénk wollen die aktuellen ultraliberalen Freihandelsverträge, die vor allem den Geschäftsinteressen multinationaler Konzerne dienen, aufkündigen und eine kooperative Handelspolitik umsetzen, die auf hohen Sozial- und Umweltstandards basiert.***
- 4. *déi Lénk wollen, dass europäische Unternehmen für Verletzungen von Menschenrechten, sozialen Rechten oder Umweltstandards in ihren Produktionsketten zur Rechenschaft gezogen werden.***
- 5. *déi Lénk wollen die Militärausgaben auf das für eine rein defensive Politik notwendige Minimum beschränken und Waffenverkäufe an Regierungen, die die Menschenrechte oder das Völkerrecht missachten, verbieten.***

11.

Die Festung Europa abbauen und die Abschottung beenden.

Europa altert, und es altert schlecht. Im Gegensatz zu den Behauptungen rechtsextremer Hetzer brauchen wir Einwanderung. Daher müssen unsere Grenzen offen bleiben und wir müssen das Recht auf Asyl verteidigen, das eine internationale und humanitäre Verpflichtung darstellt. Wir dürfen nicht den Rufen vereinfachender Reden nachgeben, und es ist alarmierend, dass die gemäßigte Rechte und sogar einige linke Parteien beginnen, in die Falle der Rechtsextremen zu tappen. Die Einwanderung stellt keine Gefahr für den Wohlstand Europas dar, sondern ist dessen Garant.

Während wir die Ursachen der unfreiwilligen Migration bekämpfen, deren Hauptgründe Armut, Unterdrückung, Konflikte und nun auch der Klimawandel sind, ist es unerlässlich, die Festung Europa zu zerbrechen und die Abschottung zu beenden, die die schlimmsten politischen Instinkte nährt. Derzeit befindet sich die Europäische Union auf dem falschen Weg. Sie behandelt die Einwanderung nicht nur hauptsächlich als Sicherheitsproblem, sondern handelt auch entgegen den Menschenrechten. Mit der jüngsten Reform der Einwanderungspolitik wird eine Politik eingeführt, die unweigerlich zu Freiluftgefängnissen führen wird, in denen Menschen, darunter auch Kinder, eingesperrt werden, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als vor Krieg, Unterdrückung oder Elend zu fliehen.

Das Mittelmeer darf nicht länger ein riesiger Friedhof und eine Schande für Europa sein. NGO-Schiffe dürfen nicht länger daran gehindert werden, Migranten in Seenot zu helfen. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX muss durch eine humanitäre Grenzagentur ersetzt werden, die eng mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Vereinten Nationen zusammenarbeitet, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Anstatt mit diktatorischen Drittstaaten zusammenzuarbeiten, um Migration zu verhindern und sich damit zum Komplizen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu machen, sollte die EU stattdessen humanitäre Korridore und legale Einwanderungsmuster einrichten. Die Aufnahme von Kriegs- und politischen Flüchtlingen ist eine völkerrechtliche Verpflichtung, der sich die EU nicht entziehen kann. Außerdem sollte Wirtschaftsflüchtlingen, die häufig ebenfalls Opfer von Konflikten und des Klimawandels sind, ein ähnliches Recht zuerkannt werden.

Wir brauchen eine gerechte und solidarische Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten, und dafür ist die Aufhebung des Dublin-Abkommens unerlässlich. Die Aufnahme- und Asylsysteme müssen nach oben harmonisiert werden und der Zugang zum Arbeitsmarkt muss garantiert werden. Daraus ergibt sich auch eine schnelle Regularisierung von Migranten nach sechs Monaten Aufenthalt. Schließlich ist es unerlässlich, Zwangsdeportationen in Länder zu stoppen, die nur in der Fantasie von Technokraten sicher sind, die noch nie dort gewesen sind.

- 1. déi Lénk wullen mit der Ideologie der Festung Europa brechen und aufhören, die Migrationsfrage als Sicherheitsproblem zu behandeln.**
- 2. déi Lénk setzen sich für die Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Migration (Armut, Konflikte, Unterdrückung, Klimawandel usw.) ein, insbesondere durch eine ehrgeizige Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe mit den Ländern Afrikas.**
- 3. déi Lénk verteidigen das Recht auf Asyl, den Flüchtlingsstatus und das Recht auf Familienzusammenführung.**
- 4. déi Lénk wullen das Dublin-Abkommen aufheben und durch ein Abkommen zur solidarischen und gerechten Verteilung von Flüchtlingen zwischen den EU-Ländern ersetzen, wobei menschenwürdige Aufnahmebedingungen in der gesamten EU gewährleistet werden sollen.**
- 5. déi Lénk wullen legale und regulierte Einwanderungsschemata einführen und Arbeitnehmer/innen nach sechs Monaten Aufenthalt regularisieren.**

12. Digitale Dienst- leistungen brauchen Regeln.

Es ist nicht mehr nötig, von einer galoppierenden Digitalisierung oder einer fortschreitenden Digitalisierung zu sprechen. Wir leben bereits jetzt in einer digitalisierten Welt. Zwar werden sich die Technologien weiterentwickeln und neue Horizonte eröffnen, aber die Digitalisierung ist Realität.

Was alle Studien jedoch feststellen, ist die Existenz einer digitalen Kluft, die sich nahtlos an die soziale Kluft anschließt. Die Fragen, die sich zunächst stellen, sind die des Zugangs und der digitalen Bildung, um diese Kluft zu schließen, die die Erfolgchancen von Jugendlichen aus benachteiligten Verhältnissen oder auch von Senioren verringern kann. Damit jeder Mensch an der digitalen Gesellschaft teilhaben kann, setzt sich déi Léank für einen kostenlosen Basiszugang zum Internet und zu digitalen und Telekommunikationsdiensten ein.

Für eine effiziente und sichere Nutzung, die es den Nutzern ermöglicht, zu informierten Akteuren statt zu passiven Konsumenten zu werden, die die Flut von Fake News über sich ergehen lassen müssen, müssen im Bereich der digitalen Bildung doppelte Anstrengungen unternommen werden. Diese Bildung darf sich nicht nur auf die Funktionen beschränken, die Werkzeuge und Dienste bieten. Vielmehr muss sie auch die sozialen und ökologischen Herausforderungen im Zusammenhang mit digitalen Technologien sowie den Datenschutz umfassen.

Eine verantwortungsvolle Nutzung, die Arbeitnehmer und Umwelt respektiert, ist nur möglich, wenn strenge soziale und ökologische Kriterien für alle in der EU angebotenen Dienstleistungen gelten, unabhängig davon, wo die Anbieter ansässig sind. Wie jeder Markt braucht auch der Markt für digitale Dienstleistungen Regeln, um Missbrauch zu verhindern und so die VerbraucherInnen zu schützen.

Dies gilt auch für jede neue Technologie. Künstliche Intelligenz, die bereits in den Alltag vieler Arbeitnehmer und Haushalte Einzug gehalten hat, birgt ein enormes Potenzial in so wichtigen Bereichen wie beispielsweise dem Gesundheitswesen. Aber sie ist auch schnell zum bevorzugten Werkzeug von Manipulatoren aller Art geworden. Auch wenn die Verfechter des Neoliberalismus die Regulierung scheuen, um die heilige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in diesem relativ neuen Bereich zu sichern, erfordert das schädliche Potenzial der KI verbindliche Regeln, um eine ethische und transparente Nutzung zu gewährleisten. KI wirft auch das heikle Problem der Haftung im Schadensfall auf. Die EU muss so schnell wie möglich einen wirksamen Rechtsrahmen zur Lösung dieses Problems vorschlagen.

Derzeit wird der digitale Markt von multinationalen Konzernen regiert. Da sie profitgierig sind, sind ihre Dienstleistungen teuer und ihre Technologien durch Lizenzen und Heerscharen von Anwälten geschützt. Dies verhindert einen universellen Zugang zu diesen Technologien, die heute jedoch unverzichtbar sind. Wir müssen die Monopole aufbrechen und uns für offene technische Standards und den Einsatz freier Software einsetzen. Dadurch wird nicht nur ein universeller Zugang zu digitalen Dienstleistungen und Technologien ermöglicht, sondern auch die Innovation durch offene technische Standards gefördert.

- 1. déi Lénk wollen allen Bürgerinnen und Bürgern einen kostenlosen Basiszugang zu digitalen und Telekommunikationswerkzeugen und -diensten garantieren und fordern mehr digitale Bildung in der EU, um die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, politische Akteure und nicht nur Konsumenten zu sein.***
- 2. déi Lénk wollen soziale und ökologische Kriterien für alle digitalen Dienstleistungen, die auf europäischem Boden angeboten werden, durchsetzen.***
- 3. déi Lénk fordern die Verabschiedung einer ehrgeizigen europäischen Regelung, um Dienstleistungen und Produkte, die auf künstlicher Intelligenz (KI) basieren, zu regulieren.***
- 4. déi Lénk wollen die Monopole der digitalen Konglomerate (Google, Amazon, Microsoft, X, Apple und andere) brechen und die Entwicklung und den Einsatz von Open-Source-Software fördern.***

13.

Die Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen garantieren.

Die Rechtsextreme ist in allen Mitgliedsstaaten stärker geworden. Ihre Präsenz in den EU-Institutionen ist mittlerweile alltäglich geworden, ebenso wie ihre offen rassistische Rhetorik, die sich gegen Minderheiten und insbesondere gegen Flüchtlinge und Migranten richtet. Die Rechtsextremen stellen auch eine Gefahr für die Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen dar. Es gibt unzählige Beispiele, die diese Fehlentwicklungen unterstreichen. Im Jahr 2020 machten Polen und Ungarn von ihrem Vetorecht Gebrauch, um einen EU-Haushalt zu blockieren, weil die Auszahlung der Gelder unter anderem von der Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung abhängig gemacht wurde. Im Jahr 2024 verwässern Frankreich und Deutschland die Richtlinie gegen sexuelle Gewalt, weil sie eine Umkehr der Beweislast bei Vergewaltigung vorsah.

Parallel dazu erleben wir wiederholte Angriffe mit stetig wachsender Intensität auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Von den 27 EU-Mitgliedstaaten erlauben 24 Länder dem medizinischen Personal immer noch, ihren Patientinnen eine Abtreibung zu verweigern. Andere Länder, wie Polen, haben die Zugangsbedingungen erheblich verschärft. Malta geht noch weiter und erlaubt den Schwangerschaftsabbruch nur unter zwei ganz bestimmten Bedingungen. Der Schwangerschaftsabbruch ist eine Errungenschaft des feministischen Kampfes, die zunehmend geschwächt wird. Daher sollte das Recht auf freien Zugang zum Schwangerschaftsabbruch in der Charta der Grundrechte verankert werden.

Andere fortschrittliche Ideen, wie die Anerkennung von Feminizid als extreme geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, werden erbittert bekämpft. Im Großherzogtum sind déi Lénk die einzige politische Bewegung, die sich für die Anerkennung und Aufnahme des Feminizids in das Strafgesetzbuch einsetzt. Belgien und Spanien haben bereits Gesetze in diesem Sinne erlassen, der Rest Europas hinkt eindeutig hinterher. Dasselbe gilt für die Aufnahme und den Schutz von Asylsuchenden, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt und Verfolgung geworden sind. Die Unterzeichner der Istanbul-Konvention verpflichten sich, einen kategorischen Schutz für die betroffenen Flüchtlinge einzuführen. Hinzu kommt, dass die Aufnahmeregelungen die Realität der geschlechtsspezifischen Gewalt nicht berücksichtigen. In den Aufnahmestrukturen gibt es keinen besonderen Schutz für Frauen und LGBTIQ+-Personen, um diese Gewalt zu verhindern.

Wir stellen auch fest, dass die Gewalt gegen LGBTQ+-Personen in Europa stark zunimmt. Die reaktionären Regierungen, die in einigen europäischen Ländern an den Schalthebeln der Macht sitzen, tun nichts, um diese Gewalt zu verhindern, und betreiben eine Politik, die LGBTQ+-Menschen stigmatisiert. So ist die gleichgeschlechtliche Ehe nur in 16 EU-Ländern erlaubt, und viele Länder lehnen gleichgeschlechtliche Elternschaft immer noch ab. Der Zugang zu medizinischen Therapien und Eingriffen aus der Perspektive der Selbstbestimmung in Bezug auf Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und sexuelle Identität ist nicht in der gesamten EU gewährleistet. Es ist festzustellen, dass Frauen und LGBTQ+-Personen immer noch erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt sind und dass die Länder häufig ihren internationalen Verpflichtungen zum besseren Schutz von Frauen und LGBTQ+-Personen nicht nachkommen.

déi Lénk setzt sich für eine Europäische Union ein, die die Gleichstellung der Geschlechter garantiert. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau darf von keiner politischen, kulturellen oder religiösen Autorität in Frage gestellt werden.

- 1. déi Lénk wollen den Schwangerschaftsabbruch zu einem Grundrecht machen, das in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen werden soll.**
- 2. déi Lénk setzen sich für die Verabschiedung einer gemeinsamen Gesetzgebung zur Bekämpfung des Feminizids ein, entsprechend dem Maßnahmenpaket und den Demarchen des European Institute for Gender Equality.**
- 3. déi Lénk wollen die Maßnahmen verstärken, die den Bestimmungen der Istanbul-Konvention Wirkung verleihen.**
- 4. déi Lénk fordern, dass Asylsuchende, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind, in Fällen, in denen festgestellt wurde, dass die Furcht vor Verfolgung auf einem oder mehreren dieser Gründe beruht, den Flüchtlingsstatus erhalten.**
- 5. déi Lénk wollen die gleichgeschlechtliche Ehe in allen europäischen Staaten zulassen und das Recht darauf durch die Aufnahme in die Europäische Charta der Grundrechte garantieren.**
- 6. déi Lénk wollen das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und reproduktive Rechte garantieren, Therapien zur Umwandlung von Geschlecht und sexueller Orientierung verbieten und die faktische Co-Elternschaft in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anerkennen lassen.**
- 7. déi Lénk fördern die Verabschiedung einer EU-Richtlinie gegen jegliche Diskriminierung aus Gründen der sozialen Klasse, der religiösen Überzeugung, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität oder des Geschlechtsausdrucks.**
- 8. déi Lénk will die Finanzierung der pharmazeutischen und medizinischen Forschung, die auf die Bedürfnisse von Frauen und LGBTQIA+ Personen zugeschnitten ist, erhöhen.**



ZESUMMESTOEN.

STAND TOGETHER.

FAIRE BLOC.

www.dei-lenk.lu

dei Lénk